

II-8802 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4300 N

1993 -02- 19

ANFRAGE

der Abgeordneten Renoldner, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

betreffend Kostenabschätzung für den österreichischen Beitrag zur europäischen Sicherheitspolitik

Der österreichische Bundeshaushalt hat in den vergangenen Jahren eine konstante Steigerung der Ausgaben für Verteidigung/militärische Angelegenheiten erfahren. Allein während der Budgetverhandlungen für 1993 wurden 550 Millionen Schilling zusätzlich für Waffenbeschaffungen vorgesehen. Während einerseits von hohen Offizieren des Bundesheeres und verantwortlichen Beamten des Verteidigungsministeriums in der Öffentlichkeit lange Listen mit Wünschen und Forderungen kolportiert werden, die in die Größenordnung von 40 bis 50 Milliarden Schilling für zusätzliche Beschaffungen gehen, treten mehrere Mitglieder der Bundesregierung, darunter jedoch ausschließlich ÖVP-Mitglieder, öffentlich für eine Mitgliedschaft Österreichs bei der Westeuropäischen Union (WEU) ein. Es ist in diesem Zusammenhang auffällig, daß am Beginn der EG-Beitrittsverhandlungen in Brüssel von österreichischer Seite der Hinweis auf die österreichische Neutralität betont heruntergespielt bzw. nicht erwähnt wurde. Die unterfertigten Abgeordneten gehen davon aus, daß die österreichische Neutralität zu einem wesentlichen Instrument einer defensiven, bedrohungsarmen innereuropäischen Kommunikation entwickelt werden kann und damit einen wertvollen Beitrag auch zur europäischen Sicherheit leisten würde. Es ist außenpolitisch besonders unvorteilhaft und wirft ein eigenartiges Licht auf die österreichischen Bemühungen, wenn gerade in dieser Phase Uneinigkeit der Bundesregierung nach außen signalisiert wird und durch eine Schwächung dieser Position auch die Ernsthaftigkeit der österreichischen Neutralitätspolitik in Zweifel gezogen wird. Da dies sicherlich nicht die Intention des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten ist, ersuchen die unterfertigten Abgeordneten um die Beantwortung folgender

ANFRAGE:

1. Für wie sinnvoll halten Sie eine österreichische Mitgliedschaft bei der WEU?
2. Halten Sie einen österreichischen EG-Beitritt bei strikter Ablehnung einer WEU-Mitgliedschaft für möglich bzw. erstrebenswert?

3. Welche konkrete sicherheitspolitische Funktion erblicken Sie in der Tätigkeit der WEU? In welchem Umfang kann Österreich durch diese Politik Ihrer Ansicht nach profitieren?
4. Welche Kosten würden Ihrer Meinung nach auf das österreichische Verteidigungsbudget zukommen, wenn die WEU zur einem tragfähigen verteidigungspolitischen Instrument der westeuropäischen Staaten (unter Einschluß Österreichs) weiterentwickelt würde?
5. Bei welcher Höhe von Verteidigungsausgaben setzen Sie eine strikte Obergrenze an?
6. Welche Rolle wird die WEU in den Beitrittsverhandlungen Ihrer Ansicht nach spielen? Wird dabei die Möglichkeit einer österreichischen Mitgliedschaft besprochen?
7. Wenn ja, wann und mit welchen Verhandlungsteams (Subkommission etc.)?
8. Werden Sie bei den EG-Beitrittsverhandlungen jene verteidigungspolitischen Ausnahmeregelungen vom Maastrichter-Vertrag für Österreich verlangen, die die Regierung Dänemarks für Dänemark reklamiert und bereits durchgesetzt hat?
9. Wenn ja, mit welchen Detailvereinbarungen?
10. Wenn nein, in welchen Punkten nicht und warum nicht?